

## **Energiewende: Kirche will mitgestalten und Vorbild sein**

### **Eindeutiges Nein zur Braunkohle**

Vertreterinnen und Vertreter der fünf evangelischen Kirchenkreise Aachen, Gladbach-Neuss, Jülich, Köln-Nord und Krefeld-Viersen versammelten sich im Martin-Luther-Gemeindehaus Erkelenz. In den 1980er Jahren hatte man die „Regionalsynode Energie“ ins Leben gerufen, die sich mit Fragen der Umwelt, insbesondere mit dem Abbau der Braunkohle und deren Folgen beschäftigte. Nach einigen Jahren Pause fand jetzt ein Treffen statt, das sich mit der Energiewende befasste. Unter der Leitung des Jülicher Superintendenten Jens Sannig informierten Experten über verschiedene Aspekte dieses Prozesses.



### **Evangelische Kirche im Rheinland: Kernpunkte für ein nachhaltiges Energiekonzept**

Richard Brand vom Landeskirchenamt der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKiR) erläuterte die Schrift „Kernpunkte für ein nachhaltiges Energiekonzept“, die zum einen eine kritische Analyse der bisherigen Energiepolitik bietet, aber auch aufzeigt, wo und wie die evangelische Kirche konkrete Maßnahmen zum Schutz der Umwelt umsetzt, und wo für die Zukunft weitere Anstrengungen gefordert oder bereits geplant sind. Das Umweltmanagement „Grüner Hahn“ ist ein Beispiel für viele Aktionen, mit denen die Menschen vor Ort Verantwortung für ihre Mitwelt wahrnehmen. Das EKiR-Papier sieht die Energiewende als Teil eines gesamtgesellschaftlichen Strukturwandels, den man nicht allein den Marktkräften überlassen dürfe. Es seien auch die wirtschaftlichen Folgen, wie zum z.B. die Frage von Arbeitsplätzen mit in den Blick zu nehmen. Und zu dem Thema, das die Menschen nicht nur in Erkelenz besonders bewegt, nämlich dem Braunkohletagebau, sagt die EKiR deutlich: „Planung und Bau neuer zusätzlicher Kohlkraftwerke lehnt die Evangelische Kirche im Rheinland ab.“

### **Ziel der Energiewende: 100% erneuerbare Energien**

Oliver Krischer (Bündnis 90/Die Grünen) wies darauf hin, dass man mit der Energiewende vorrangig den Atomausstieg verbinde. Dies sei auch der einzige Bereich, der gesetzlich geregelt sei. Alle anderen Fragen, wie z. B. die Festlegung von Klimazielen, seien in Deutschland bisher nicht in Gesetze gefasst. Auch gebe es in diesen Fragen bisher offensichtlich keinen gesamtgesellschaftlichen Konsens. Krischer sprach sich dafür aus, weitere Anreize zu schaffen auf dem Weg zum Ziel, das heiße: 100% erneuerbare Energien. Dass gegenwärtig der Anteil bei 25% liege, sei mehr, als man zu hoffen gewagt habe. Im Zusammenhang mit den Erfordernissen der kommenden Jahre sprach er sich für kleinere, flexiblere Kraftwerke aus. Die vielbeschworene Brückentechnologie sei am besten mit Gas-Kraftwerken zu leisten, nicht aber mit Braunkohle.

Mit Blick auf seine Mitarbeit in der Enquete-Kommission „Was ist Lebensqualität?“ forderte Krischer die Kirchen auf, sich an der Schaffung eines Bewusstseinswandels in der Bundesrepublik zu beteiligen. Wachstum sei für die meisten Menschen zum Selbstzweck geworden. Es gelte, andere Indikatoren stark zu machen, wie z.B. Verteilungsgerechtigkeit, persönliches Wohlbefinden oder Zufriedenheit. Und dem besinnungs- und rücksichtslosen Streben nach Wachstum sei der „ökologische Fußabdruck“ des Menschen entgegengesetzt, damit ein Umdenken und ein neues Handeln auch kommenden Generationen noch eine lebenswerte Umwelt biete.

### **RWE: Zur Versorgungssicherheit muss Raum bleiben für die Braunkohle**

Jörg Kerlen, Mitarbeiter von RWE, erinnerte daran, dass die Energiewende bereits 2010 begonnen habe. Seit zwei Jahren gebe es einen Konsens, der bis zum Jahr 2050 80% erneuerbare Energien und 80% weniger CO<sub>2</sub> Ausstoß vorsehe. Zur Verwirklichung der Nachhaltigkeit mit ihren ökologischen, sozialen und ökonomischen Dimensionen solle die Politik Ziele vorgeben; die Wege zu diesem Ziel solle sie den Handelnden aber offen lassen resp. dem Spiel der (Markt-)Kräfte überlassen.

Die Erfordernis konventioneller Kraftwerke nehme ab, so Kerlen; zur Versorgungssicherheit in der Übergangszeit (Brückentechnologie) reichten Gaskraftwerke nicht aus; es müsse daher Raum bleiben für die Braunkohle. In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, dass RWE in Niederaußem vier alte Kraftwerksblöcke durch zwei moderne, deutlich umweltfreundlichere Anlagen ersetzt.

Schließlich forderte Jörg Kerlen eine Reform der Energiewirtschaft mit den Teilbereichen Erneuerbare-Energien-Gesetz, Markt und Emissionshandel und regte dazu eine europäische Lösung an.

### **Greenpeace: „Tod aus dem Schlot“ – Die Gesundheitsgefahren der Kohlekraftwerke**

Charlotte Brinkmann und Tim Petzoldt, Mitarbeitende bei Greenpeace Niederrhein, informierten über eine Studie, die die Gesundheitsgefahren von Kohlkraftwerken darstellt. Auf dem Hintergrund, dass die größten CO<sub>2</sub>-Verursacher in der Bundesrepublik den Ausstoß dieses Umweltgiftes seit 1990 um 9% gesteigert haben, und dass die Kohlkraftwerke die größten Punktquellen von Luftschadstoffen sind, erläuterten sie Ursachen und Wirkungen insbesondere von Feinstaub. Laut Weltgesundheitsorganisation WHO werden durch Luftverschmutzung jährlich etwa 2,3 Millionen vorzeitige Todesfälle verursacht, wobei der Feinstaub, der sogar das Gehirn erreicht, die größten Gesundheitsschäden bewirkt. Und Kohlekraftwerke, so das Ergebnis der Greenpeace-Studie, tragen in erheblichem Maße zur Erzeugung und Verbreitung von Feinstaub bei. Oder mit anderen Worten: Solange Kohlkraftwerke aktiv sind, können die von WHO oder EU vorgegebenen Grenzwerte nicht eingehalten werden.

### **Beschluss der Regionalsynode Energie: Keine weiteren Tagebaue, keine neuen Kohlkraftwerke**

Am Ende einer sehr intensiven und engagierten Tagung verabschiedeten die Delegierten der Regionalsynode Energie einstimmig einen Beschluss, in dem es an zentraler Stelle heißt: „Die Planung und den Bau neuer Kohlekraftwerke lehnt die Regionalsynode ab. Sie spricht sich darum klar gegen jedes weitere Kraftwerk aus. Auch den Aufschluss weiterer Tagebaue lehnt die Regionalsynode ab. Beides ist nicht vereinbar mit dem Schutz der Menschen und der Mitwelt.“ Dieser Beschluss wird der Landessynode der EKIR, dem obersten Beschlussgremium der rheinischen Kirche, zur weiteren Beratung zugeleitet.

© Johannes de Kleine